## Willst Du das?

Willst Du auch in Zukunft in Internetforen diskutieren und im Blog Deine Meinung sagen? Willst Du mit offenem Gesicht auf eine Demo gehen? Willst Du Deine Bahnfahrt online buchen, die Turnschuhe mit EC-Karte bezahlen? Willst Du einfach so durch die Stadt schlendern und verweilen, wo es Dir gerade in den Sinn kommt? Willst Du dabei Dein Handy mitnehmen?

Wenn die EU ihr INDECT-Projekt umsetzt, solltest Du lieber einige dieser lieb gewordenen Gewohnheiten ablegen…

## INDECT

Diese Buchstaben stehen für Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment.

17 Projektteilnehmer aus neun Ländern entwickeln eine Infrastruktur, die bestehende Überwachungstechniken zu einem mächtigen Kontrollinstrument verknüpft. Damit wird die technische Basis für einen europäischen Polizeistaat angelegt, denn die Ergebnisse von INDECT dienen der Effektivierung der operativen Polizeiarbeit auf nationaler und europäischer Ebene.

INDECT ist Teil des siebten Rahmenprogramms der EU, in dem zur Erforschung von Sicherheitsthemen 1,4 Mrd. Euro für über 60 Projekte vorgesehen sind, die sich teilweise gegenseitig ergänzen.

Die Einschüchterungswirkung, wie sie von Überwachungstechnik ausgehen kann, ist für eine demokratische Gesellschaft im höchsten Maße gefährlich. Sie kann grundlegende Verhaltensänderungen herbeiführen und mittelfristig in einer Disziplinargesellschaft münden. Dies gilt es durch Aufklärung und politischen Widerstand zu verhindern.

## Was kannst Du tun?

- Informiere Dich und andere über Projekte wie INDECT…
  Eine kommentierte Linkliste zu weiteren Informationen findest Du unter:
  http://www.panopticum-europe.eu
- Vernetze Dich mit Aktivisten …
  … national und international
- Unterstütze unsere Kampagne …
  … durch Deine Mitarbeit
  … durch Deine Spende

Wir brauchen Mitstreiter – für die kritische Analyse und Kommentierung von Dokumenten, für Anfragen, für offene Briefe an Datenschützer, an politische Entscheidungsträger … Hast Du weitere Ideen?

V.i.s.d.P.:
FIfF – Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V.

Geschäftsstelle
Goetheplatz 4
28203 Bremen

Telefon: +49 (0) 421 - 33 65 92 55
Fax: +49 (0) 421 - 33 65 92 56
Email: fiff@fiff.de

Kontakt: sylvia@fiff.de, kai@fiff.de

*Layout & Design: Idealistik http://ideal.istik.de*




Panopticum Europe

# Das INDECT-Projekt

## oder … Wie die EU an Überwachungstechnik forscht




eine Initiative des
*Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V.*

## Damit arbeitet die Polizei in Zukunft:

- Autonome Flug-Drohnen mit Überwachungskameras und Sensoren
- Software (u.a. für Kameras) zum Erkennen von „abnormem Verhalten oder Gewalt“
- automatisches Tracking mobiler Objekte
- Software (autonome Agenten) zur Beobachtung virtueller Räum wie Internetforen oder Social Networks
- EU-Trojaner zur Verwanzung privater Computer
- Wasserzeichen-Technologie zur Beweissicherung und zum Indexieren, Analysieren und Verwalten von Multimediadaten (Videoaufnahmen)
- Suchmaschinen, die Daten aus der realen und virtuellen Welt verknüpfen

## Aktuelle EU-Sicherheitspolitik

Das neue Europol-Gesetz liefert den rechtlichen Rahmen, um die im INDECT-Projekt entwickelte Technik effektiv einsetzen zu können. Dazu gehört, dass polizeiliche Informationen an nicht genauer definierte Körperschaften in Nicht-EU-Staaten weitergegeben werden dürfen. Die vorgesehenen Kontrollrechte des EU-Parlaments sind unzureichend.

INDECT-Technologie sichert die Festung Europa nach innen ab. Sie ergänzt, erweitert und verknüpft zentrale Datenbanken wie u.a. das Schengener-Informationssystem (SIS) und das VISA-Informationssystem (VIS). Sie unterstützt dadurch auf technisch organisatorische Weise die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX, die die Außengrenzen der EU überwacht und mit fragwürdigen Abwehrmaßnahmen Menschen aus der EU aussperrt.

## Ist das Projekt legal?

INDECT ist datenschutzrechtlich problematisch: Die Daten werden heimlich erhoben. Es besteht keine konkrete Zweckbindung. Es werden Menschen überwacht, von denen gar keine Gefahr ausgeht.

Außerdem entwickelt INDECT autonome Überwachungsdrohnen, deren Einsatz bisher in den allermeisten EU-Staaten verboten ist. Wann werden wohl die Gesetze entsprechend angepasst?

Die Betroffenen erfahren von der Überwachung häufig nichts. Eine Auskunft kann ihnen mit fadenscheinigen Argumenten verweigert werden.

## Ethische Säuberung – die getarnte Zensur?

INDECT hat eine Ethikkommission. Deren Vorsitzender ist der Polizeichef Nordirlands, Drew Harris. Als Kontrollinstanz der Kommission wurde ausgerechnet seine eigene Assistentin eingesetzt. Der derart interessant besetzten Ethikkommission müssen alle Projektergebnisse vor Veröffentlichung zur Genehmigung vorgelegt werden. Damit eröffnet sich ihr die Möglichkeit, zensierend auf die Veröffentlichungen zu wirken – ein grundlegender Konflikt zur Freiheit der Forschung und Lehre an den beteiligten Hochschulen?




Offiziell soll die Ethikkommission die rechtskonforme Durchführung des Projektes sicherstellen.
Sie beschäftigt sich allerdings nicht mit der späteren Nutzung der Ergebnisse. Technikfolgenabschätzung ist im Projekt an keiner Stelle vorgesehen.
Fangen wir doch hier damit an!

## Forschungskritik

Das Modell für automatisches Erkennen von abnormem Verhalten und Gewalt basiert lediglich auf Interviews mit knapp 200 polnischen Polizisten, die gefragt wurden, was sie für verdächtig halten. Hier wurden nicht etwa empirisch belegbare Kausalitäten für tatsächlich begangene Straftaten, sondern diskriminierend wirkende Vorurteile modelliert.

Als Langzeitwirkung können sich Diskriminierungseffekte verstärken und zu einer selbst erfüllenden Prophezeiung entwickeln: Die Betroffenen werden in der Praxis einer höheren Kontrolldichte ausgesetzt und dadurch scheinbar häufiger auffällig.

Richtig problematisch wird es, wenn die Forschung den Rahmen des Pilotprojekts verlässt und die Techniken tatsächlich umgesetzt werden: Denn die Überwachungstechnik kann auch außerhalb der EU in totalitären Regimen eingesetzt werden. Die beteiligten Firmen werden kaum ein Interesse an einem Exportverbot haben.